

DIE LINKE und das Projekt Sammlungsbewegung

von ■ Joachim Bischoff, Björn Radke und Axel Troost



Auf dem Friedhof der Sozialisten, Berlin, 14.1.2018 (Foto: dpa)

Die Berliner Republik steht Monate nach der Abwahl der Großen Koalition aus Union und SPD vor der Erneuerung eben dieses Bündnisses der Verlierer. Parallel hat sich in der Linkspartei bei der Auswertung des Bundestagswahlergebnisses eine heftige Auseinandersetzung um die Strategie der Partei entwickelt. Trotz des relativen Erfolges der Linkspartei gibt es seit Monaten eine sich zuspitzende Strategiedebatte, die durch die Krise der SPD und ihre politischen Manöver verstärkt wird.

Kritik der Migrationspolitik

Oskar Lafontaine konstatierte unmittelbar nach der Bundestagswahl, die LINKE habe allen Grund darüber nachzudenken, dass »nur 11 Prozent der Arbeitslosen sie unterstützt haben (...) Das sind zwei Prozent mehr als bei der FDP(!), die von acht Prozent der Arbeiter gewählt wurde.« Für ihn liegt der »Schlüssel für diese man-

gelnde Unterstützung durch diejenigen, die sich am unteren Ende der Einkommensskala befinden, in der verfehlten »Flüchtlingspolitik«.¹ Auch DIE LINKE habe – ebenso wie alle anderen bisherigen Bundestagsparteien – »bei ihren Antworten auf die weltweite Flüchtlingsproblematik das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit außer Kraft gesetzt«. Man dürfe »die Lasten der Zuwanderung über verschärfte Konkurrenz im Niedriglohnsektor, steigende Mieten in Stadtteilen mit preiswertem Wohnraum und zunehmende Schwierigkeiten in Schulen mit wachsendem Anteil von Schülern mit mangelnden Sprachkenntnissen nicht vor allem denen aufbürden, die ohnehin bereits die Verlierer der steigenden Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen sind. Die Erfahrung in Europa lehrt: Wenn diese Menschen sich nicht mehr durch linke bzw. sozialdemokratische Parteien vertreten fühlen, wählen sie in zunehmendem Maße rechte Parteien.«²

Sahra Wagenknecht hat diese Argumentation mehrfach bestärkt: Sie sieht in der Flüchtlingspolitik die Hauptursache für die Wählerwanderung von links nach rechts, gerade im Osten. »Es geht darum, sensibler mit den Ängsten von Menschen umzugehen, statt sie als ›rassistisch‹ zu diffamieren und damit Wähler regelrecht zu vertreiben«, sagt sie. »Statt mit der wenig realitätstauglichen Forderung ›Offene Grenzen für alle Menschen sofort‹ Ängste und Unsicherheitsgefühle zu befördern, sollten wir uns darauf konzentrieren, das Asylrecht zu verteidigen. (...) Das bedeutet nicht, dass jeder, der möchte, nach Deutschland kommen und hier bleiben kann.«

Damit wurde in der Linkspartei die Flüchtlingspolitik in das Zentrum gerückt. Selbstverständlich muss diesem Faktor Aufmerksamkeit geschenkt werden. Aber das Phänomen des Aufstiegs des Rechtspopulismus in der Bundesrepublik wie in anderen Ländern ist unseres Erachtens komplizierter.³

Die wachsende soziale Polarisierung, das Gefühl, dass sich Anstrengung nicht mehr lohnt und die Zukunftsperspektiven der Kinder verbaut sind, und der Eindruck, dass die politische Klasse sich darum nicht kümmert, sind wesentliche Faktoren für den Aufstieg des Rechtspopulismus. Die in diesem Zusammenhang häufig vorgebrachte Hypothese, dass vor allem die unteren Einkommenschichten für den Niedergang der politischen Linken und den massiven Legitimitätsverlust des politischen Systems verantwortlich seien, ist empirisch und theoretisch fragwürdig.

Neuformierung der Linken

Lafontaine und Wagenknecht geht es aber um eine neue politische Strategie: Die politische Linke verliere mehr und mehr an Einfluss. SPD und LINKE haben zusammen noch nicht einmal 30%. Es müsse die Reform- und Machtopposition der politischen Linken verändert werden. Seit Gründung der Linkspartei habe man der SPD eine Zusammenarbeit angeboten. »Wir hatten 2005 und 2013 mit den Grünen eine Mehrheit, um eine Regierung zu bilden. Die SPD hat diese Chance jedes Mal nicht genutzt. Es geht aber nicht nur um SPD und Linke, sondern der Appell richtet sich an alle, die wirklich mehr soziale Gerechtigkeit wollen.«⁴ Viele Wähler*innen hätten »sich von der SPD abgewandt, weil sie sich von ihr nicht mehr vertreten fühlten und fühlen. Die SPD ist in erster Linie verantwortlich für einen der größten Niedriglohnssektoren der Industriestaaten, für den viel zu geringen Mindestlohn und dafür, dass die Altersvorsorge teilweise privatisiert worden ist und millionenfache Altersarmut droht. Die Renten sind skandalös niedrig. In Österreich hat ein Durchschnittsrentner im Monat 800 Euro mehr.«⁵

Sahra Wagenknecht unterstreicht Lafontaines Einschätzung und resümiert: »Die SPD schafft sich ab, seit Jahren macht sie Politik gegen ihre eigenen Wähler, sie trägt Verantwortung für Niedriglöhne, Altersarmut, Privatisierungen und unsichere Jobs. Mit dem erneuten Gang in die Große Koalition würde sie diese Politik fortsetzen. Da-

durch ist eine große politische Leerstelle entstanden, die bisher nicht von links gefüllt wird. Die SPD hat seit 1998 zehn Millionen Wähler verloren – und wir haben lediglich zwei Millionen Wähler mehr als die damalige PDS.«⁶

Schlussfolgerung dieser Argumentationskette von unzulänglicher Migrationspolitik und wachsender Ohnmacht der Parteien des linken Spektrums: Aufruf zu einer neuen Sammlungsbewegung. Lafontaine sieht für diese Strategie erfolgreiche Beispiele: Corbyn in Großbritannien – eine glaubwürdige Person und ein Programm für die Mehrheit. »Oder Podemos und ›La France insoumise‹ in Spanien und Frankreich, eine aus der Gesellschaft heraus entstehende Sammlungsbewegung all derjenigen, die mehr soziale Gerechtigkeit wollen und für eine friedliche Außenpolitik eintreten.«⁷

Wagenknecht sieht, dass dies eine weitreichende Veränderung der politischen Arena bedeutet: »Es geht zunächst nicht um eine neue Partei, sondern um eine linke Sammlungsbewegung. In anderen europäischen Ländern gibt es Beispiele, dass das gelungen ist. In Frankreich und in den Niederlanden beispielsweise sind die Sozialdemokraten nach einer ähnlichen Politik wie in Deutschland in die Bedeutungslosigkeit versunken. In Frankreich ist nicht Macron die eigentliche Sensation – sondern dass es der linken Bewegung ›La France insoumise‹ gelungen ist, dieses Vakuum zu füllen. Mélenchon hat knapp 20 Prozent bei der Wahl geholt und seine Bewegung führt die Opposition an – nicht der Front National. Das ist doch ein Ansporn. (...) Eine Sammlung linker Kräfte kann nur funktionieren, wenn ein Funke überspringt. Menschen, darunter auch prominente Politiker, müssen sich dafür engagieren.«⁸

Kommt die Linke aus ihrer Krise und Ohnmacht durch eine Sammlungsbewegung heraus? Löst der politische Funke eines Aufrufs die Bewegung der Mehrheit aus? Schauen wir uns die herausgestellten Referenzpunkte für eine erfolgreiche Sammlungsbewegung ein wenig genauer an.

1. Labour und Corbyn

Jeremy Corbyn und die anfänglich wenigen Weggefährten haben nach einer schweren Wahlniederlage⁹ und dem Rücktritt des Vorsitzenden Miliband den Auftrag übernommen, in einem langwierigen Prozess eine alternative Wirtschaftspolitik für Britannien zu konkretisieren und einen politischen Bruch mit dem Neoliberalismus light durchzusetzen. Im Unterschied zur Zeit der Schröder-Fischer-Regierung, gegen deren Übergang zur harten Austeritätspolitik sich der gesellschaftliche Widerstand zunächst in der WASG als einer neuen politischen Formation sammelte, wird im britischen, vom Mehrheitswahlrecht geprägten politischen System die

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber, *Björn Radke* ist Redakteur von *Sozialismus*. *Axel Troost* ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

¹ Oskar Lafontaine: Wenn Flüchtlingspolitik soziale Gerechtigkeit außer Kraft setzt, in: Neues Deutschland 27.9.2017; www.neues-deutschland.de/artikel/1065077.wenn-fluechtlingspolitik-soziale-gerechtigkeit-ausser-kraft-setzt.html.

² Ebenda.

³ Siehe dazu Horst Kahrs: Neuer Nationalismus – Verteidigungsstrategie in globalen Verteilungskämpfen, in: Sozialismus Heft 4/2017; Alexander Häusler/Rainer Roeser: Rechte Normalisierung? Die AfD vor dem Einzug in den Deutschen Bundestag, in: Sozialismus 9/2017; Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Zwischen Rechtsextremismus und »blauer Wende«, Thesen zum Rechtspopulismus in der »Berliner Republik«, in: Sozialismus Heft 12/2017; dies.: Soziale Spaltung und Rechtspopulismus, in: Sozialismus Heft 5/2017; dies., Moderne Rechte und die Krise des demokratischen Kapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus Heft 12/2016.

⁴ 17.11.2017: Lafontaine will im Bund eine neue Bewegung: www.oskar-lafontaine.de/links-wirkt/details/b/1/f/1/t/lafontaine-will-im-bund-neue-linke-bewegung/

⁵ www.oskar-lafontaine.de/links-wirkt/details/b/1/f/1/t/ansichten-eines-querdenkers-oskar-lafontaine-redet-tacheles/

⁶ www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_83083940/sahra-wagenknecht-im-interview-die-spd-schafft-sich-ab-.html

⁷ www.oskar-lafontaine.de/links-wirkt/details/b/1/f/1/t/lafontaine-will-im-bund-neue-linke-bewegung/

⁸ www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_83083940/sahra-wagenknecht-im-interview-die-spd-schafft-sich-ab-.html

⁹ Während sich etwa 60% der Wähler*innen für eine liberale, konservative und rechtspopulistische Partei entschieden, wählten insgesamt knapp zwei Fünftel die schottische Regionalpartei SNP (4,7%), die Grünen (3,8%) und die Labour Party (30,4%). Im Parlament sitzen auf der Regierungsseite 331 Abgeordnete, denen in den großen Oppositionsparteien 232 bei Labour und 56 bei der SNP gegenüberstehen.

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Leser/in werden
Neue Abonnenten/innen
erhalten eine Buchprämie
als Geschenk

www.spw.de

Labour Party als eine Organisation betrachtet, in der gewerkschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die Austeritätspolitik politisch wirksam werden kann.

Die Erneuerung ist bis heute eine harte innerparteiliche Flügelauseinandersetzung und Reorganisation der zivilgesellschaftlichen Oppositionsbündnisse (Brexit). In Verbindung mit harten innerparteilichen Kämpfen entstand die Unterstützungsbewegung People's Momentum. Sie ist eine politische Organisation zur Unterstützung Jeremy Corbyns und seiner politischen Positionen. Im Mai 2017 sprach Corbyn vor über 20.000 Mitgliedern, die in 150 lokalen Gruppen organisiert sind. Vor zwei Jahren zählte die Labour Party 150.000 Mitglieder – heute sind es 600.000. Im selben Zeitraum stieg die Zustimmung im Volk von unter 30 auf über 40%. Diese Kampagne kann in der Tat der politischen und gesellschaftlichen Linken hierzulande Mut machen. Von einer vergleichbaren gesellschaftlichen Gemengelage kann für die Bundesrepublik aber nicht gesprochen werden, auch wenn es hier Ansätze zu einer parteiinternen Erneuerung der Sozialdemokratie gibt, aber zugleich Skepsis gegenüber einer Sammlungsbewegung.

2. Mélenchon und die französische Linke

Auch in Frankreich war eine tiefe Krise des politischen Systems und der sozialistischen Partei der Ausgangspunkt für eine Erneuerungsbewegung. Die These Lafontaines und Wagenknechts lautet: Der Bewegung »La France insoumise« sei es gelungen, ein politisches Vakuum zu füllen. Mélenchon habe knapp 20% bei der Wahl geholt und seine Bewegung führe die Opposition an. In der Nationalversammlung ist die politische Linke – PS, PCF und Parti de Gauche, um die wichtigsten zu nennen – elektoral bei ca. 20% gelandet. Mélenchon vertrat lange Jahre die linkssozialistische Strömung innerhalb des Parti socialiste (PS). Die Parti de Gauche ist nie über den Status einer Klempartei hinausgekommen. Seine Aufgabe heute nach den letzten Wahlen: eine umfassende Erneuerung mit dem Ziel einer politischen Machtoption un-

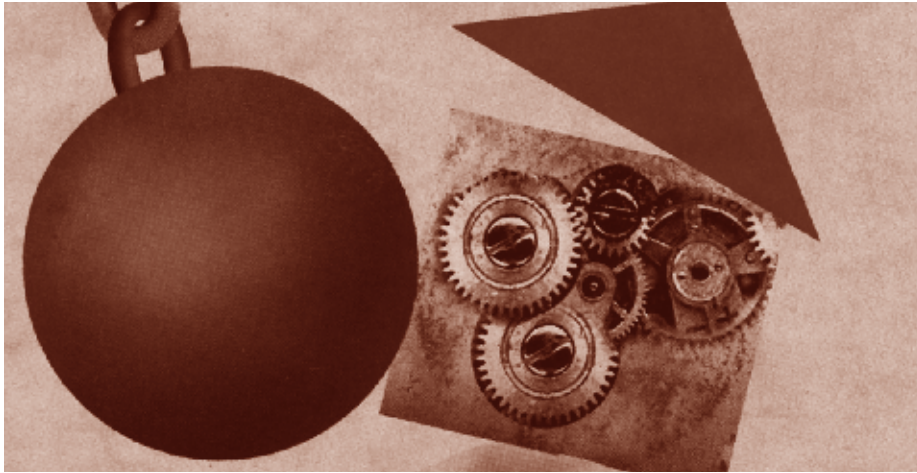
ter Einbeziehung der Gewerkschaften und der zivilgesellschaftlichen oppositionellen Bündnisse. Eine der zentralen Positionen von »La France insoumise« ist ein harter nationalistischer Anti-EU-Kurs, dessen Mehrheitsfähigkeit in der französischen Linken umstritten ist. Mélenchons Europa-Kritik spielt durchaus mit anti-deutschen Ressentiments. Für ihn ist Deutschland ein Land der Ausbeutung und der Armut (»un océan de pauvreté«), ein Land des wiederauflebenden Imperialismus und Militarismus, ein Gift für Europa, ja für die Welt. Dagegen stehe »une France insoumise«, in der »la souveraineté du peuple français« inklusive »notre indépendance militaire« wiederhergestellt sind.¹⁰

Allerdings gibt es Berührungspunkte mit den EU-skeptischen Vorstellungen Wagenknechts und Lafontaines, was Grundlage für eine entsprechende Liste zu den Europawahlen 2019 sein könnte.

3. Niederringung oder Zurückdrängung der modernen Rechten

Die Entwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft nach rechts erfordert eine umfassende gesamtgesellschaftliche Analyse und sollte nicht nur auf die AfD ausgerichtet sein. Ähnlich wie in den europäischen Nachbarländern haben die Bundestagswahlen insgesamt eine unübersehbare Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts sichtbar gemacht. Nach der Bildung bzw. Bestätigung einer konservativ-rechtspopulistischen Regierungskoalition in Norwegen, Tschechien und Österreich müssen wir mit entsprechenden Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in Italien rechnen.

Der Aufwärtstrend des Rechtspopulismus ist aus unserer Sicht Resultat mehrerer Faktoren. Die Fluchtbewegung nach Deutschland oder Österreich hatte dabei eine Katalysatorfunktion, die die zugrundeliegenden Faktoren verstärkt hat. Mit der Ausweitung der Zahl der Zufluchtsuchenden im Spätsommer 2015 nach Deutschland und Teilen Europas erhielt die fremdenfeindliche Ausrichtung der AfD zusätzlichen Auftrieb. Gleichzeitig blieben die Kritik am Establishment, die Europa-Kritik und die Ablehnung des Multikulturalismus



Karikatur: Economist

rungsfiguren können unter Absetzung von einer demokratischen Willensbildung zur zentralen Legitimationsinstanz einer Sammlungsbewegung werden. Der Charakter der Partei schrumpft zur Akklamationshülle. Es geht dann um Gefolgschaft der Mitglieder statt Diskurs. Das Projekt Sammlungsbewegung ist tendenziell autoritär. »Politische Bewegungen erneuern Europa nicht. Sie versprechen zwar Teilhabe, lösen sie aber nicht ein.«¹² Dies kann für DIE LINKE und für die Mitte-Links-Parteien in Deutschland kein politisches Zukunftskonzept sein. Es wäre mit einem radikalen Bruch der Vorstellung demokratischer Willensbildung verbunden.

Leider zeigen die Reaktionen auf die Vorschläge von Lafontaine/Wagenknecht innerhalb der Linkspartei wenig Verteidigung der demokratischen Willensbildung. In den sozialen Netzwerken ist die moralische Empörung groß und postwendend wird erklärt, die Linke sei doch schon selbst die »linke Sammlungsbewegung«. Die Gefahren des neuen Projektes Sammlungsbewegung werden unterschätzt. In der Tat entstehen »erfolgreiche Neugründungen« nicht aus Aufrufen im Interview, sondern aus gesellschaftlichen Bewegungen. Trotzdem sollte die darin sichtbare Geringschätzung der demokratischen Kultur zurückgewiesen werden.

zentral. Neben der Abwehr von den als fremdbestimmt ausgemachten supranationalen europäischen Institutionen zielt die Argumentation der Rechten auf eine Ablehnung der »Islamisierung des Abendlandes«.¹¹ Die Einschätzung, dass es in den europäischen Ländern einer Grundlage für eine linkspopuläre Massenbewegung gibt, bleibt strittig.

4. Die Transformation der Parteien des bürgerlichen Lagers

Nicht nur die deutsche, sondern die europäische Sozialdemokratie insgesamt steckt in einer tiefen Krise. Ihr chronischer Niedergang ist kein vorübergehender oder einfach umzukehrender Wahlrend. Mit dem dramatischen und äußerst innovativen Strukturwandel der Wirtschaft, der in den meisten europäischen Ländern den Industrieanteil auf nur noch 10 bis 20% der Wirtschaftsleistung gedrückt hat, ist der Sozialdemokratie ihr soziales Milieu – also ihre Kern-Anhängerschaft – zum Großteil verlorengegangen. Der Versuch der europäischen Sozialdemokratie, mit einer gemäßigten Deregulierung, Privatisierung und Eigentumspolitik in Absetzung von den sozialdemokratischen Grundwerten einen »dritten Weg« bei der Gestaltung des Kapitalismus durchzusetzen, ging gründlich schief.

Auch die überlieferten Parteien bleiben von der sozioökonomischen und soziokulturellen Krise nicht unberührt. Der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wandel schlägt sich in ihrem Elektorat und letztlich programmatisch nieder. Der Druck der Parteien der modernen Rechten veranlasst

auch die Parteien der Mitte zu Anleihen bei Abschottungs- und Sicherheitspolitik. Mehr noch: Mit diesem Doppelprozess teilweiser Radikalisierung und größerer Flexibilisierung wächst angesichts der Krise und des Legitimationsverfalls der europäischen Demokratien der Druck auf die bisher etablierten demokratischen Parteien und das Parteiensystem insgesamt. Der Sozialwissenschaftler Streeck vertritt daher die These vom »bonapartistischen Augenblick«. Das bedeutet in diesem Zusammenhang: Die Aktivierung vor allem der Mittel- und Unterschichten ermöglicht autoritäre Umbauprozesse von Parteien. Emmanuel Macron war Mitglied der Sozialistischen Partei und hat im Niedergang der PS eine auf ihn ausgerichtete Bewegung »En Marche« aus dem Boden gestampft. Der frühere ÖVP-Funktionär Kurz hat mit dem »System Kurz« die politische Architektur Österreichs umgewälzt

In der linken Gesellschaftskritik wird unter Bonapartismus eine auf eine politische Führungskraft zugespitzte, aber durch Wahlen legitimierte Herrschaftsform verstanden, die sich bei weitestgehender Ausschaltung von Parteien und Gewerkschaften als überparteilich agierendes Vollzugsorgan der Bürgerinteressen inszeniert (Verselbständigung des Staatsapparates).

Es ist u.E. ziemlich leichtfertig und auch nicht überzeugend, der Linkspartei in Ausnutzung der Krise der SPD bewusst eine solche linkspopulistische Transformation (»Sammlungsbewegung«) als Lösung der politischen Blockade auszugeben. Charismatische Füh-

¹⁰ Jean-Luc Mélenchon: »Le hareng de Bismarck« (Le poisson allemand), Paris 2015. Bei dem Untertitel handelt es sich um ein Wortspiel: Der Hering ist ein »poisson allemand«. Mélenchon macht aus dem deutschen Fisch aber »le poison allemand«, also ein deutsches Gift. Bisher haben diese Spiele mit dem Ressentiment und der nationalistischen Attitüde in der deutschen Linkspartei keine kritische Auseinandersetzung ausgelöst.

¹¹ Siehe dazu: Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Chancen des Rechtspopulismus in der »Berliner Republik«, in Sozialismus Heft 9/2017; dies., Für was steht die Alternative für Deutschland?, in: Sozialismus Heft 4/2017.

¹² So titelt Jan-Werner Müller seinen Beitrag im IPG vom 12.1.2018; www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/detail/politische-bewegungen-erneuern-europa-nicht-2526/